

**dfi analyse**  
Zwischen Rentenreform und  
*Affaire Bettencourt* – Seite 1

**dfi information**  
Jahrestagung untersucht das  
Verhältnis zwischen Geschichte  
und Politik – Seite 3

Festvortrag von Blandine  
Kriegel im Residenzschloss  
Ludwigsburg – Seite 4

Hannelore Braun mit dem Ver-  
dienstkreuz am Bande des Ver-  
dienstordens der Bundesrepub-  
lik Deutschland ausgezeichnet  
– Seite 5

Berlin-Seminar für französische  
Nachwuchsjournalisten  
– Seite 5

Jean François-Poncet liest aus  
der deutschen Übersetzung  
seiner Memoiren – Seite 6

Das Nachwuchsförderpro-  
gramm des dfi: ein Erfahrungs-  
bericht – Seite 6

**dfi service**  
Neuerscheinung: Denkart Euro-  
pa, Schriften zur europäischen  
Politik, Wirtschaft und Kultur,  
Band 11 – Seite 7

Neuerscheinung: Deutschland,  
Frankreich und die Euro-Krise  
– Seite 7

## Zwischen Rentenreform und *Affaire Bettencourt*

Steht die französische Regierung vor einem „heißen Herbst“?



Demonstration am 24. 6. 2010 in Nizza. (Quelle: Wikimedia)

### dfi analyse

„Das Recht auf die Rente mit 60 muss bleiben“ – so lautete noch 2007 die Ankündigung von Nicolas Sarkozy. Geht es nach dem Gesetzesentwurf zur Reform der Rentenversicherung, vorgestellt von Arbeitsminister Eric Woerth am 16. Juni 2010, könnte diese schon bald der Vergangenheit angehören. Der Erfolg dieses politisch wie sozial höchst umstrittenen Vorhabens hängt dabei aber ebenso vom Ausgang der Affären um den zuständigen Minister Woerth wie von den eigentlichen finanziellen Erwägungen ab.

### Das Defizit der französischen Rentenversicherung – ein alt bekanntes Problem, verschärft durch die Wirtschaftskrise

Der Bedarf für eine umfassende Reform der französischen Rentenversicherung ist Ökonomen wie Politikern schon seit Jahren bekannt, wie nicht zuletzt die wiederholten Reformen (1993 Reform durch die Regierung Balladur, 1999 die Gründung des *Fonds de réserve des retraites* durch die Regierung Jospin, 2003 die Fillon-Reform, 2008 Reform der *régimes spéciaux*) zeigen.

Bei der französischen Rentenversicherung handelt es sich um ein umlagefinanziertes System, welches über die Beiträge von Erwerbstätigen und Arbeitgebern finanziert wird. Bedingt durch den unverändert hohen Anteil struktureller Arbeitslosigkeit sowie den demographischen Wandel sinken die Einnahmen jedoch seit Jahren beständig. Zugleich steigen die Ausgaben der Rentenversicherung durch die höhere Lebenserwartung. Die bisherigen Reformen setzten ausnahmslos am Faktor „Beitragsjahre“ an, wodurch man erfolgreich an der Rente mit 60 festhalten konnte. Tatsächlich nämlich sind zwei Bedingungen zu erfüllen, um Anspruch auf eine abschlagsfreie Rente zu erwerben: Einerseits das Erreichen des gesetzlichen Renteneintrittsalters, also derzeit 60 Jahre für die Angestellten des privaten Sektors, deutlich früher (z.T. 50 Jahre bzw. 55 Jahre) für bestimmte Berufsgruppen im öffentlichen Sektor. Andererseits das Erreichen einer Mindestzahl von Beitragsjahren, welche in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht wurde und seit dem 1. Januar 2010 40,5 Jahre (Geburtsjahrgang 1950 und jünger) beträgt. Insgesamt liegt das effektive Renteneintrittsalter damit deutlich unter dem Durchschnitt anderer EU-Länder oder westlicher Industriestaaten.

Fortsetzung auf Seite 2

*Fortsetzung von Seite 1*

Hinzu kommen die drastischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, wie im Bericht des *Conseil d'orientation des retraites* (COR) dargestellt: Allein für das Jahr 2010 erwartet dieser ein Defizit von 32 Mrd. €. Bis 2020 könnte es – sollte es keine Reform geben – auf 41 bis 49 Mrd. € jährlich steigen. Nun wäre es zwar grundsätzlich möglich, das Defizit kurzfristig durch Rentenkürzungen und / oder eine allgemeine Beitragserhöhung zu reduzieren. Diese Maßnahmen wirken sich jedoch direkt auf die Kaufkraft von Rentnern wie Beitragszahlern aus und wurden daher von vorneherein ausgeklammert. Somit bleibt nur die Variable einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit, sei es durch Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters oder durch eine Erhöhung der Beitragsjahre.

**Wichtigste Neuerung** des von Eric Woerth vorgelegten Gesetzestextes (siehe Zusammenfassung) ist daher die Erhöhung des Renteneintrittsalters bis 2018 um zwei Jahre (gültig für die Jahrgänge ab 1956). Allein hiervon verspricht sich die Regierung 2018 Mehreinnahmen von rund 18,6 Mrd. €, womit knapp die Hälfte des erwarteten Defizits von 42,3 Mrd. € gedeckt wäre. Die Restsumme soll beglichen werden durch staatliche Zuschüsse in Höhe von 15,6 Mrd. € (entspricht dem Zuschuss 2010) und Mehreinnahmen im Zuge der Angleichung der Beitragsätze der Beamten an jene der Angestellten des privaten Sektors (4 Mrd. €) sowie durch Steuererhöhungen (4,4 Mrd. €). Wie im Gesetz 2003 vorgesehen, wird zudem, der demographischen Entwicklung folgend, die Zahl der erforderlichen Beitragsjahre bis 2020 auf 41,5 Jahre steigen. Alle bis zum Jahr 2018 anfallenden Defizite (geschätzt 65 Mrd. €) werden, so sieht es der Entwurf vor, an die *Caisse de la dette sociale* übertragen und über die Rücklagen des *Fonds de réserve des retraites* (ursprünglich gedacht für die Zeit nach 2020) ausgeglichen.

### **Dramatisierung, Verhandlungen, Zugeständnisse und eine Staatsaffäre**

Für viele Franzosen ist die Rente mit 60 sicherlich eine der wichtigsten Errungenschaften des französischen Sozialstaats. Jede Regierung, welche diese in Frage stellt, riskiert eine politische wie gesellschaftliche Zerreißprobe. Dies ist auch den Verantwortlichen bewusst und entsprechend orchestriert war die Kommunikationsstrategie, mit welcher die Reform den Franzosen vermittelt werden sollte: Einer Phase der dramatischen Zuspitzung folgten Verhandlungen mit den Sozialpartnern und schließlich Zugeständnisse kurz vor Veröffentlichung des Gesetzestextes Mitte Juni 2010 (vgl. Les Echos 17.05.2010).

**April 2010, dramatische Zuspitzung:** Defizit 2010 32,4 Mrd. €, 2020 bereits 45 Mrd. €, 2050 bis zu 100 Mrd. €. Alarmierender hätten die Prognosen des COR kaum ausfallen können, und das, obwohl diesen noch recht optimistische Annahmen zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Konjunktur zugrunde liegen. Zusätzlich sollen wiederholte Vergleiche mit den Rentenreformen der europäischen Nachbarn die Öffentlichkeit sensibilisieren und den Reformbedarf unterstreichen.

**„Wenn wir 100 Jahre alt werden, können wir nicht weiterhin mit 60 in Rente gehen.“**

Dominique Strauss-Kahn  
Interview mit France 2, 20.05.2010

**Mai 2010, Verhandlungen:** In den anschließenden Beratungen mit Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern wie Oppositionsparteien präsentiert sich die Regierung geschlossen hinter Eric Woerth und seinen Vorschlägen: Notwendigkeit einer raschen Umsetzung der Reform (der Gesetzentwurf soll noch im Herbst 2010 verabschiedet werden), Verzicht auf Beitragserhöhungen und Rentenkürzungen (um das erhoffte Wachstum nicht zu gefährden), aber Änderungen an der Variable des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Nicolas Sarkozy verzichtet in dieser Phase bewusst auf öffentliche Stellungnahmen. Opposition und Gewerkschaften hingegen präsentieren sich uneins und unentschlossen. Während das Präsidium der PS an der Rente mit 60 um jeden Preis festhalten will, wird dies von Manuel Valls, Dominique Strauss-Kahn und Michel Rocard als strategischer Fehler kritisiert. Was den Finanzierungsbedarf betrifft, so solle dieser, laut PS, durch eine höhere Besteuerung von Banken und Unternehmensgewinnen gedeckt werden.

Auch die Gewerkschaften schaffen es nicht, sich auf gemeinsame Forderungen und Strategien zu einigen: Die FO tritt mit eigenen Streikaufrufen hervor, die CFE-CGC dagegen ist grundsätzlich auch zu Verhandlungen über das Renteneintrittsalter bereit und die zahlenmäßig größte Gewerkschaft, die CFDT, welche für ihre Rolle in der Reform 2003 heftig kritisiert wurde, agiert nur vorsichtig. Entsprechend verhalten ist die Resonanz auf die ersten Streikaufrufe im April und Mai.

**Juni 2010, Zugeständnisse:** Es soll eine „gerechte und solidarische Reform“ werden, getragen von allen, also auch den Besserverdienenden. Hierfür stellt die Regierung im Mai erstmals auch den *bouclier fiscal* zur Disposition – die symbolträchtige Steuerrückerstattung für jene,

deren Abgaben aus Einkommenssteuer, Vermögenssteuern und Grundsteuern 50 % ihrer Einkünfte überschreiten (2009 erhielten rund 16.000 Personen eine Rückzahlung). Zudem kommt man den Gewerkschaften entgegen, was die Regelungen für bestimmte Berufsgruppen betrifft.

Die Bevölkerung reagiert „resigniert“ auf die Ankündigungen: Zwar folgen dem landesweiten Streikaufruf am 24. Juni deutlich mehr Menschen (rund 800.000 nach Polizeiangaben, 2 Mio. laut Gewerkschaftsangaben) als noch im April und Mai, doch ist die Mobilisierung im Vergleich zu den Protesten der Jahre 2003 und 2009 rückläufig. In Meinungsumfragen zeigen sich die Befragten zudem gespalten in der Frage der Bewertung der Reform, stimmen aber mehrheitlich dem Handlungsbedarf zu (vgl. IFOP 22.06.2010, BVA 22.06.2010).

Die Ausgangslage für eine zügige Beratung und Verabschiedung des Gesetzesentwurfs nach der *rentrée* der französischen Parlamentarier im September präsentiert sich daher Mitte Juni noch günstig. Eine Einschätzung, welche jedoch durch die *Affaire Bettencourt-Woerth* innerhalb weniger Tage hinfällig wird. Anlass für diese Affäre ist ein Familienstreit um die 87-jährige Erbin des L'Oréal-Konzerns, Liliane Bettencourt, welche laut Forbes über ein Vermögen von 13,4 Mrd. \$ verfügt. Diese befindet sich bereits seit mehreren Jahren in gerichtlichen Auseinandersetzungen mit ihrer Tochter um Schenkungen im Wert von rund 1 Mrd. € an einen befreundeten Fotografen. Am 14. Juni, wenige Tage vor Prozessbeginn gegen diesen, veröffentlicht der Internet-Mediendienst Mediapart geheime Tonbandmitschnitte von Telefonaten zwischen Liliane Bettencourt und ihrem Vermögensberater, Patrice de Maistre. Bekannt werden in der Folge u.a. Steuerhinterziehungen Bettencourts in Höhe von rund 78 Mio. € in die Schweiz, Spenden an die UMP sowie einzelne Minister und wiederholte Abendessen der Milliardärin mit Eric Woerth und seiner Frau Florence.

Letztere ist seit 2007 für das Unternehmen Clymène tätig, jener Vermögensberatung von Patrice de Maistre, welche ausschließlich mit der Verwaltung des Vermögens von Bettencourt beschäftigt ist. Weitere Details, wie z.B. eine Steuerrückzahlung von 30 Mio. an Bettencourt im Zuge des *bouclier fiscal* 2009 sowie ausgefallene Steuerprüfungen werden bekannt. Nicht bestätigt sind dagegen Vorwürfe, Bettencourt habe Sarkozys Wahlkampf 2007 mit illegalen Spenden unterstützt. Zeitlich fallen alle diese Vorkommnisse in jenen Zeitraum, als Woerth Budgetminister war. Während Eric Woerth selbst alle Vorwürfe von sich weist, erklärt seine Frau bei

*Fortsetzung auf Seite 3*

Fortsetzung von Seite 2

ihrem Rückzug aus der Vermögensverwaltung Clymène, sie habe „den Interessenskonflikt unterschätzt“ (Le Monde 4. Juli 2010).

### Ausblick auf September .... – und 2018

Bisher konnte in keinem der genannten Punkte ein eindeutiges Verschulden Eric Woerths nachgewiesen werden. Staatsanwalt, Polizei, Steueraufsicht sowie parlamentarische Ausschüsse haben jedoch ihre Untersuchungen aufgenommen. Fest steht, dass, unabhängig vom juristischen Ausgang, bereits jetzt ein Glaubwürdigkeitsverlust des Ministers festzustellen ist. Die *Affaire Bettencourt* ist längst keine Familienangelegenheit mehr, sondern zur Staatsaffäre mit Vorwürfen und gegenseitigen Verdächtigungen zwischen den politischen Gegnern, gegenüber den Medien aber auch Ermittlungsbehörden und Gerichten geworden. Frankreich präsentiert sich vor der Sommerpause nicht als *République irréprochable*, sondern als *République de soupeçon*.

Auch die vorgelegte Reform der Rentenversicherung kann nur bedingt überzeugen. Zweifel bestehen z.B. an den der Kalkulation zugrunde gelegten Konjunkturdaten. EU-Kommission und französischer Rechnungshof bewerten die Annahmen zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Wachstum wesentlich vorsichtiger. Das Defizit der Rentenversicherung würde in diesem Fall 2018 noch deutlich höher ausfallen als die derzeit angenommenen 42,3

## Zusammenfassung Gesetzesentwurf vom 16. Juni 2010

- Bis 2018 progressive Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters um 2 Jahre für alle Berufsgruppen, d.h. auf 62 Jahre für die Beschäftigten des privaten Sektors, auf 52 bzw. 57 Jahre für die Beschäftigten in den sog. *catégories actives* (Polizei, Militär, etc)
- Anhebung des Beitragssatzes für die Angestellten des öffentlichen Dienstes an die im privaten Sektor gültigen Beitragssätze (von 7,85 % auf 10,55 %)
- Möglichkeit eines Rententritts nach 15 Dienstjahren für Eltern von 3 Kindern im öffentlichen Dienst gestrichen
- Verbesserte Auskunft über die künftige Rentenhöhe für alle Erwerbstätigen
- Beibehaltung der Sonderregelungen für sog. *carrières longues* (Arbeitsbeginn vor dem 17. Lebensjahr) und Anerkennung des Schwierigkeitsgrades bestimmter Tätigkeiten (*penibilité*)
- Zusätzliche Einnahmen durch Steuererhöhungen (Einkommenssteuer, Besteuerung von Stock-Options)

Mrd. €. Zu hinterfragen ist auch der kurze Zeitraum. Auch wenn die Reform in Kraft treten sollte, werden damit die Probleme der Rentenversicherung keineswegs gelöst. Sie ist damit wohl eher als Zeichen des französischen Reformwillens und Signal an die internationalen Finanzmärkte zu sehen. Die strukturellen Probleme der französischen Rentenversicherung – die extreme institutionelle Zersplitterung der Rentenkassen, die unterschiedlichen Berechnungsformeln, die praktisch nicht vorhandene individuelle Altersvorsorge – wurden dagegen in der Diskussion der vergangenen Monate noch nicht einmal ansatzweise angesprochen.

Eine längst nicht abgeschlossene Affäre, ein angeschlagener Minister, eine unpopuläre Reform und Streikaufrufe der Gewerkschaften für den 7. September: Frankreich könnte vor diesem Hintergrund durchaus einen „heißen Herbst“ erleben.

Eine ausführliche Analyse zur Situation des französischen Rentensystems und der Reform folgt Ende 2010 in der Reihe *Aktuelle Frankreich-Analysen*.

Astrid Kufer [kufer@dfi.de](mailto:kufer@dfi.de)

dfi information

# Jahrestagung untersucht das Verhältnis zwischen Geschichte und Politik

## Kontroverse Debatte über das französische Nationenmodell / Fragen zur Kolonialgeschichte

Das besondere französische Verhältnis zwischen Politik und Geschichte stand im Mittelpunkt der XXVI. Jahrestagung, die das Deutsch-Französische Institut dieses Jahr gemeinsam mit dem Deutschen Historischen Institut in Paris vom 24. – 26. Juni in Ludwigsburg durchführte.

Dass das dfi mit dem für manche erklärungsbedürftigen Thema „ins Schwarze getroffen“ hatte, zeigten die engagierten und lebhaft geführten Debatten in den Arbeitsgruppen, wie auch die bisweilen kontroversen Standpunkte, die in den Plenarvorträgen zum Ausdruck kamen.

Fortsetzung auf Seite 4



Plenarsitzung mit Prof. Dr. Dietmar Hüser, Stephan Geifes, Prof. Sonia Combe, Prof. Dr. Henrik Uterwedde.  
(Quelle: dfi)

*Fortsetzung von Seite 3*

Dabei wurden zunächst die disziplinären Bruchlinien der französischen Geschichtswissenschaft deutlich. Diese verlaufen etwa zwischen einer affirmativen Geschichtswissenschaft, die ihren Untersuchungsgegenstand „Frankreich“ immer weniger als eine einmalige Konstellation struktureller, geographischer und historischer Fakten zu begreifen mag (und darob, wie Jacques Revel, in leise Melancholie verfiel), und einer stärker auf den europäischen Kontext fokussierende Ideen- und Geistesgeschichte, die in einem weit ausholenden Abendvortrag von der politischen Philosophin, Ideengeschichtlerin und Foucault-Schülerin Blandine Kriegel vertreten wurde.

Hinter diesen nur scheinbar fachinternen Auseinandersetzungen stehen zutiefst politische Grundhaltungen, die die Einmaligkeit des französischen Nationenmodells mit seinem universalen Geltungsanspruch betreffen. In der Plenarsitzung am letzten Konferenztag wurde die Bedeutung dieser Geschichtsschreibung für die Legitimation einer politischen Ordnung explizit verdeutlicht (Stefan Seidendorf) und die gegenwärtigen politischen Versuche, sich dieser Legitimationsquelle zu bemächtigen, kritisch dekonstruiert (Nicolas Offenstadt).



Die Teilnehmer  
(Quelle: dfi)

Die empirischen Einzelstudien in den Arbeitsgruppen verdeutlichten den Befund einer tiefgehenden Krise des sich auf die Annahme einer gemeinsamen Geschichte gründenden Modells des Nationalstaats. Besonders die kritische Auseinandersetzung mit dem Erbe des Kolonialismus bot vielfältiges Anschauungsmaterial für die Grenzen und Kritik des universalen Anspruchs der französischen Werte, in deren Namen aber – was ebenso deutlich wurde – immer noch konkrete Politik gemacht wird.

Die sehr gelungene Konferenz vermochte es so, die gegenwärtige Krise der französischen Republik aus einem ungewöhnlichen Blickwinkel zu analysieren. Einige der Beiträge werden im Frankreich-Jahrbuch veröffentlicht und sind damit auch einem größeren Publikum zugänglich.

Stefan Seidendorf [seidendorf@dfi.de](mailto:seidendorf@dfi.de)

## Festvortrag von Blandine Kriegel im Residenzschloss Ludwigsburg

**Wie weit geht der universalistische Anspruch der in der europäischen Rechtsphilosophie entwickelten Vorstellungen allgemeiner Menschenrechte und republikanischer Rechtsstaatlichkeit? Dieser nicht gerade einfachen Frage ging die Rechtsphilosophin Blandine Kriegel, die unter Staatspräsident Chirac wichtige öffentliche Ämter innehatte, in ihrem sehr anspruchsvollen Vortrag vor 350 konzentrierten Zuhörern nach.**

Sie zeichnete die französische Tradition des Universalismus nach und zeigte auf, dass die in Frankreich scheinbar evidente Gleichsetzung von Revolution und Republik eine verkürzte Perspektive darstellt – Republik ist auch ohne Revolution denkbar. Parallel ging sie der deutschen Vorstellung der Diversität zwischen den Völkern nach – diese auf Herder zurück gehende und im Idealismus entwickelte Vorstellung führte zu einer anderen Form von Revolution, der nationalen Revolution. Indem sie die fatalen historischen Folgen beider Formen der Revolution, der egalitär-kommunistischen und der nationalistischen, aufgezeigt hatte, richtete sie den Blick auf eine andere politische Tradition des republikanischen Denkens in Europa, die zum ersten Mal ihren Ausdruck in der Erhebung der Niederlande gegenüber dem spanischen Imperium fand. In je-

ner Zeit, die im historischen politischen Bewusstsein viel zu wenig Beachtung gefunden hat, wurden alle Elemente dessen präfiguriert, die heute unsere gemeinsamen europäischen Institutionen prägen. Diese republikanische Tradition, so die These von Kriegel, gilt es im 21. Jh. neu zu beleben und als Inspirationsquelle für heutige europäische, aber auch weit in die Welt ausstrahlende Rechtsstaatlichkeit zu nutzen. Fazit: Das republikanische Ideal kann, ohne notwendige Verknüpfung mit der Revolution, als universelles Modell vertreten werden, allerdings nicht als weltweit aufgedrängte Regierungsform, sondern als humanitäres Ideal mit Strahlkraft.

Frank Baasner [baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)



Prof. Blandine Kriegel mit Prof. Frank Baasner,  
Direktor des dfi. (Quelle: dfi)



Nach dem Vortrag auf der Terrasse des Residenzschlosses in Ludwigsburg. (Quelle: dfi)

## Hannelore Braun mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet

Das Deutsch-Französische Institut (dfi) hat seiner langjährigen Organisationsleiterin Hannelore Braun mit einem Sommerfest am 18. Juni mit Freunden, Wegbegleitern und Partnern für ihr überragendes Engagement gedankt. Für die meisten der 140 Gäste war es eine handfeste Überraschung, als dfi-Präsident Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel bei seiner Begrüßung mitteilte, dass Frau Braun an diesem Abend das Bundesverdienstkreuz erhalten würde. Die offizielle Verleihung des Verdienstordens wurde vom stellvertretenden Landrat des Kreises Ludwigsburg, Herrn Dr. Utz Remlinger vorgenommen.

Der ehemalige Präsident des dfi, Prof. Dr. Rudolf von Thadden, war gekommen, um eine Laudatio auf Hannelore Braun zu halten. Die zweite sehr persönliche und humorvolle Ansprache hielt Prof. Dr. Ingo Kolboom, der dem Institut seit Jahrzehnten verbunden ist.

Hannelore Braun ist seit über 49 Jahren am dfi tätig und hat noch den ersten Direktor des Instituts, Fritz Schenk, erlebt. Ihre Erfahrung und ihre große Personenkenntnis bilden einen erheblichen Teil des kollektiven



Stellvertretender Landrat des Kreises Ludwigsburg Dr. Utz Remlinger, Frau Hannelore Braun, dfi-Präsident Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel. (Quelle: Werner Kuhnle)

Gedächtnisses des dfi. Seit ihrer Pensionierung bleibt sie dem dfi als freie Mitarbeiterin im Bereich der Tagungsorganisation weiterhin erhalten.

Frank Baasner  
[baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)



Hannelore Braun, Prof. Dr. Ingo Kolboom nach der Verleihung. (Quelle: dfi)

## Berlin-Seminar für französische Nachwuchsjournalisten

Seit vier Jahren bringt das dfi im Rahmen eines Programms der Robert Bosch Stiftung 10 französische Nachwuchsjournalisten für eine Woche nach Berlin. Anschließend absolvieren sie in Deutschland ein berufliches Praktikum und kommen zum Abschluss des Programms mit ihren deutschen Kollegen zu einem gemeinsamen Seminar nach Straßburg.

Politische und gesellschaftliche Aktualität in Deutschland – unter diesem Rahmenthema kamen die Teilnehmer mit Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammen, mit denen sie sich austauschen, die sie befragen und mit denen sie diskutieren konnten. Die persönlichen Begegnungen wurden ergänzt und vorbereitet durch Referate von Wissenschaftlern und erfahrenen Journalisten. Ein besonderer Reiz war die Fußballweltmeisterschaft, auch wenn die deutsche Mannschaft im Halbfinale ausgeschieden ist und daher die Autokorsos ausfallen mussten. Am Samstag trafen die Teilnehmer mit den Ehemaligen des Programms zusammen. Fast



Französische Nachwuchsjournalisten in Berlin bei der Zeitung Der Tagesspiegel. (Quelle: Kai-Uwe Heinrich)

40 junge Journalisten aus Deutschland und Frankreich kamen in die Repräsentanz der Robert Bosch Stiftung in der Bismarckstraße, um ihre Erfahrungen auszutauschen. Ein zweistündiges Gespräch mit dem Europa-Experten Professor Ingolf Pernice ging der Frage nach, ob das deutsche Europaengagement in letzter Zeit nachgelassen hat – diese Befürchtung

wird in Frankreich immer wieder laut. Anschließend gab es eine Begegnung mit dem Künstler Dieter Appelt und dem Rektor der Kunsthochschule Braunschweig, Hubertus von Amelunxen, die uns in die Berliner Kunstszene einführten.

Frank Baasner [baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)

## Jean François-Poncet liest aus der deutschen Übersetzung seiner Memoiren

**Macht euch keine Sorgen! Für Jean François-Poncet, der am Montag abend in der Französischen Botschaft in Berlin sein Buch „Quai d'Orsay 37“ vorgestellt hat, müssen Deutschland und Frankreich ein Paar bilden: „Wir dürfen nicht mehr alleine spielen, weil wir miteinander verbunden sind, und das ist heute noch zutreffender als früher“, unterstreicht der Präsident der Deutsch-Französischen Freundschaftsgruppe im Sénat. Die Ehe hält, und sie wird weiter halten. Aber bis wann? Sicher noch viele Jahre, denkt der französische Außenminister unter Präsident Valéry Giscard d'Estaing von 1978 – 1981. Mit seinen 81 Jahren schließt er die Idee einer Scheidung zwischen „Wasser“ (Angela Merkel) und „Feuer“ (Nicolas Sarkozy) kategorisch aus.**

Seit 1983 Senator des Département Lot-et-Garonne (im Südwesten Frankreichs), zeigt sich der alte Fuchs der französischen Diplomatie Jean François-Poncet optimistisch: „Ich finde nicht, dass die deutsch-französische Krise tief geht. Die Lage ist nicht schlecht, es gibt nicht wirklich etwas, das dramatisch wäre. Unsere verschiedenen Sichtweisen sind natürlich nicht verschwunden, und sie sollen auch nicht verschwinden. Aber bisher wur-

den die Probleme immer gelöst. Wir werden auch noch größere Schwierigkeiten bewältigen. Man darf diesen Weg nicht eine Minute verlassen.“ Seit einem Vierteljahrhundert hat sich an einer grundlegenden Erkenntnis trotz Globalisierung und EU-Erweiterung nichts geändert: „Deutschland und Frankreich bleiben der einzige Motor in der EU und das funktioniert“, denkt Jean François-Poncet. „Sie tragen immer noch dieselbe Verantwortung: Sie zeigen dem Rest der EU den Weg, ohne den Anderen ihren Willen aufzuzwingen.“ Auf die letzte Frage des Moderators Frank Baasner, wie die deutsch-französischen Beziehungen in zehn Jahren aussehen könnten, antwortet Jean François-Poncet: „In der gemeinsamen Außenpolitik wird es dank des Lissabon-Vertrags erhebliche Fortschritte geben, und Europa wird seine Rolle in der Welt spielen.“ Und er fügt hinzu: „Bei genau-



*Außenminister a.D. Hans-Dietrich Genscher, Senator Jean François-Poncet, Botschafter Bernard de Montferriand (von links nach rechts)*

*(Quelle: Antoine Mouteau)*

rer Betrachtung muss man sagen, dass dies unsere einzige Chance ist.“

Julien Delattre

(Teilnehmer am Programm für Nachwuchsjournalisten der Robert Bosch Stiftung)



*Podiumsdiskussion (von links nach rechts): Prof. Frank Baasner, Dr. Peter Theiner, Prof. Hélène Miard-Delacroix, Außenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher, Senator Jean François-Poncet, Botschafter Bernard de Montferriand*  
*(Quelle: Antoine Mouteau)*

## Das Nachwuchsförderprogramm des dfi: ein Erfahrungsbericht

**Als mein Diplomarbeitsthema „Die französische Ratspräsidentschaft 2008 als Beispiel europäischer Mitführung“ feststand, war ich schnell entschlossen, zum Recherchieren an die Frankreich-Bibliothek zu kommen. Da der Bestand an Periodika und vor allem an französischsprachiger Literatur an der Bibliothek meiner Heimatuniversität in Passau relativ eingeschränkt ist und ich trotz des Fernleihangebots nicht immer an die gewünschten Quellen herankam, war ich mir sicher, dass ich dort noch einiges an grundlegender und weiterführender Literatur finden würde.**

Die Bewerbung für das Nachwuchsförderprogramm gestaltete sich völlig unkompliziert. Kurz nach Einsendung der Beschreibung meines Forschungsvorhabens erhielt ich die Zusage für ein einwöchiges Stipendium.

Wie erhofft, fand ich eine Reihe interessanter Analysen der Ratspräsidentschaft, in erster Linie Aufsätze und Zeitschriftenartikel. Darüber hinaus konnte ich mir einen guten Überblick über die Presseartikel zu meinen ausgewählten Fallbeispielen Georgienkrieg, Finanz- und Wirtschaftskrise und Klima- und Energiepaket sowie zur Vorbereitung und Bilanz der Ratspräsidentschaft allgemein verschaffen. Die Tatsache, dass die Artikel von den Mitarbeitern der Bibliothek gesichtet, sorgfältig

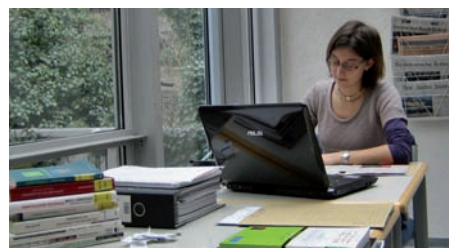
zusammengestellt und thematisch sortiert werden, erleichtert die Recherchen erheblich. Das Pressearchiv der Bibliothek ist vor diesem Hintergrund besonders wertvoll.

Die angenehme Arbeitsatmosphäre, die überschaubare Größe der Bibliothek und vor allem deren sehr gute Organisation haben großen Anteil daran, dass mein Aufenthalt erfolgreich verlief. Besonders ist auch die Hilfsbereitschaft des Personals hervorzuheben. Mir wurde bei allen Fragen und in allen Belangen gerne und fachkundig wei-

tergeholfen. Außerdem hatte ich Gelegenheit, mit zwei Mitarbeitern des Instituts, Herrn Uterwedde und Herrn Vogel, Gespräche zu führen, die mich in meiner Arbeit sowohl inhaltlich als auch strukturell erheblich weiter gebracht haben. Der persönliche Austausch mit Experten, die kritisch und konstruktiv auf eine gemeinsame Sache blicken, ist durch keine schriftliche Veröffentlichung zu ersetzen. Mit vielen weiterführenden Informationen und Ideen, einem Stapel an Kopien, einem rauchenden Kopf, aber rundum zufrieden begab ich mich auf den Heimweg. Was meine Arbeit betrifft, war ich ein ganzes Stück weitergekommen! Das Mobilitätsstipendium des dfi ist ein tolles Angebot, das ich anderen Studenten und Doktoranden, die an einem frankreichspezifischen Thema arbeiten, einfach nur weiterempfehlen kann!

Sarah Feick

(Studentin an der Universität Passau, Masterstudiengang European Studies Passau-Strasbourg)



*Sarah Feick*

*(Quelle: dfi)*

**Das Nachwuchsförderprogramm** richtet sich an Nachwuchswissenschaftler (Doktoranden und Studenten, die eine Abschlussarbeit schreiben) im Bereich kultur- und sozialwissenschaftlicher Frankreichforschung, vergleichender Länderforschung oder deutsch-französischer Beziehungen. Weitere Informationen finden Sie unter [http://www.dfi.de/de/bibliothek\\_stipendien.shtml](http://www.dfi.de/de/bibliothek_stipendien.shtml).

## Neu: Denkart Europa, Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur, Band 11

Migration und Integration – ein gemeinsames Thema mit unterschiedlichen Fragen und Antworten in den Ländern der Europäischen Union. Dieses Buch betrachtet mehr als 10 europäische Länder und untersucht zudem einzelne Aspekte der Integration wie das Schulsystem, den Arbeitsmarkt und die Rolle der Landessprache. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Frage gewidmet, wie das Thema „Integration“ in der Gesellschaft und der Politik verankert ist, wie



die Zuständigkeiten verteilt sind und wie der politische Diskurs gestaltet ist. Der Band präsentiert die Ergebnisse eines Projekts, das von der ASKO EUROPA-STIFTUNG unterstützt wurde.

*Denkart Europa, Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur, Band 11, Frank Baasner „Migration und Integration in Europa“, Nomos-Verlag, Herausgegeben von der ASKO EUROPA-STIFTUNG.  
(Quelle: Nomos)*

## Neu: Deutschland, Frankreich und die Euro-Krise

Von Pascal Kauffmann und Henrik Uterwedde.

Die Krise der europäischen Währungsunion hat eine Reihe von deutsch-französischen, zum Teil heftig geführten Kontroversen ausgelöst. Die Analyse will einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten, indem sie die Positionen beider Länder klärt und deren Ursachen ergründet. Darüber



hinaus werden mögliche Kompromissfelder für gemeinsames Handeln benannt. Die Studie kann unter <http://www.dfi.de/de/pdf/VerlorenKonvergenz.pdf> heruntergeladen werden.

*Neuerscheinung: Deutschland, Frankreich und die Eurokrise.  
Von Pascal Kauffmann und Henrik Uterwedde.  
(Quelle: dfi)*

### Termine

#### 19. - 26. September

Seminar für deutsche Nachwuchsjournalisten und Treffen der Ehemaligen in Paris

#### 7. - 8. Oktober

Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche aus Deutschland, Belgien und Frankreich  
„Die Rolle der Kultur für den sozialen Zusammenhalt in multiethnischen Stadtgesellschaften“

Till Raczek [raczek@dfi.de](mailto:raczek@dfi.de)

### Impressum

Deutsch-Französisches Institut  
Asperger Straße 34  
D-71634 Ludwigsburg  
Tel +49 (0)7141 93 03 0  
Fax +49 (0)7141 93 03 50  
[www.dfi.de](http://www.dfi.de)  
[info@dfi.de](mailto:info@dfi.de)  
Redaktion: Waltraut Kruse  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Prof. Dr. Frank Baasner